

A11 Aktivismus statt Lobbyismus - Damit es „der Wirtschaft“ wieder besser geht!

Antragsteller*in: Merlin Seeling

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 **Was läuft falsch?**

2 Wenn Politiker*innen von „der Wirtschaft“ sprechen, meinen sie selten die
3 arbeitenden Menschen, die Pflegekräfte, die Reinigungskräfte oder lokalen
4 Einzelhandel. Gemeint sind Quartalszahlen, Wettbewerbsfähigkeit und das
5 Bruttoinlandsprodukt, alles Dinge, die das Wohlergehen von Menschen, Tieren und
6 unserem Planeten systematisch ausblenden. Eine Politik, die sich am
7 Bruttoinlandsprodukt orientiert, fragt nicht: „Wie geht es den Menschen?“
8 sondern: „Wie zufrieden sind die Märkte?“

9 Gleichzeitig konzentriert sich Reichtum in historisch beispiellosem Ausmaß: Laut
10 Oxfam besaßen 2024 die reichsten 1% der Weltbevölkerung mehr Vermögen als die
11 ärmsten 95% zusammen [Oxfam Inequality Report 2024]. Diese Ungleichheit ist kein
12 Naturgesetz – sie ist politisch produziert. Und wer so viel besitzt, besitzt
13 auch politischen Einfluss: über Lobbyverbände, Medienunternehmen und
14 Wahlkampffinanzierung. Wirtschaftliche Ungleichheit ist damit nicht nur ein
15 soziales, sondern ein demokratisches Problem.

16 Beim Klima gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Die globale
17 Durchschnittstemperatur hat 2024 erstmals die 1,5-Grad-Marke überschritten
18 [Copernicus Climate Change Service, 2025]. Extremwetterereignisse, Artensterben
19 und der Kollaps ganzer Ökosysteme sind keine Zukunftsszenarien mehr, sondern
20 unsere Gegenwart. Trotzdem werden Klimaschutzziele aufgeweicht, weil sie
21 angeblich „der Wirtschaft“ schaden. Als wäre eine lebendige Wirtschaft auf einem
22 toten Planeten denkbar.

23 Beim Frieden gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Kriege in
24 Europa, im Nahen Osten und anderswo zeigen täglich, dass Aufrüstung und
25 Waffenlieferungen keine Sicherheit schaffen. Sie verlängern Konflikte, töten
26 Zivilbevölkerung und bereichern Rüstungskonzerne. Waffen schaffen keinen
27 Frieden. Die Wehrpflicht ist kein Weg zu Sicherheit, sondern Ausdruck einer
28 militarisierten Logik, die politisches Versagen durch Gewaltmittel zu lösen

29 versucht.

30 Bei der Demokratie gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf!
31 Rechtsextreme und autoritäre Bewegungen gewinnen weltweit an Einfluss in Europa,
32 in den USA und weit darüber hinaus. Sie untergraben Pressefreiheit,
33 Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Minderheiten. Demokratie stirbt nicht nur
34 durch Putsche, sondern auch durch schleichende Prozesse, durch Normalisierung
35 des Extremen und durch die Ohnmacht einer Politik, die nicht mehr für die
36 Menschen da ist.

37 Grenzen sind ein menschengemachtes Konstrukt und trotzdem sterben jährlich
38 tausende Menschen beim Versuch, ein sicheres Leben zu finden [*IOM Missing*
39 *Migrants Project, 2024*]. Das Konzept des „illegalen Menschen“ ist ein
40 Widerspruch in sich: Ein Mensch kann nicht illegal sein. Abschiebepolitik und
41 Pushbacks widersprechen universellen Menschenrechten und dem Anspruch einer
42 humanen Gesellschaft.

43 **Wobei sind wir uns einig?**

44 Das Wohlergehen aller Menschen, Tiere und unseres Planeten muss das zentrale
45 Ziel der Politik sein – nicht das Bruttoinlandsprodukt, nicht Aktionärsrenditen
46 und nicht die Interessen von Milliardären.

47 Menschenwürde ist unteilbar und universell. Sie gilt unabhängig von Herkunft,
48 Religion, Geschlechtsidentität oder Aufenthaltsstatus und sie endet nicht an
49 Staatsgrenzen.

50 Die ökologischen Grenzen unseres Planeten sind längst überschritten. Klimaschutz
51 ist keine Zusatzaufgabe, die man verschiebt, wenn die Wirtschaft schwächelt, er
52 ist eine Überlebensfrage für heutige und kommende Generationen.

53 Krieg löst keine Konflikte, er vertieft sie. Sicherheit entsteht nicht durch
54 mehr Waffen, sondern durch weniger Auslöser für Gewalt: durch Gerechtigkeit,
55 Diplomatie und strukturelle Friedensarbeit.

56 Unsere Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss aktiv gelebt und verteidigt
57 werden: durch politische Bildung, gesellschaftliches Engagement und den klaren
58 Widerspruch gegenüber antidemokratischen Kräften.

59 **Was braucht es, damit es wirklich besser wird?**

60 Wir fordern:

61 - Die Einführung einer konsequenten Milliardärssteuer sowie einer globalen
62 Mindestbesteuerung großer Vermögen und Konzerngewinne, um Steuerflucht zu

63 beenden und öffentliche Güter endlich ausreichend zu finanzieren.

64 - Die Anerkennung, dass kein Mensch illegal ist. Wir fordern offene Grenzen, ein
65 bedingungsloses Recht auf Asyl und die sofortige Beendigung von Abschiebungen in
66 Kriegs- und Krisengebiete.

67 - Konsequenter Klimaschutz ohne Kompromisse: einen sozial gerechten Ausstieg aus
68 fossilen Energien, eine ambitionierte Klimaschutzgesetzgebung und den aktiven
69 Schutz von Ökosystemen und Artenvielfalt.

70 - Eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft, in der sich alle
71 Menschen frei entfalten können, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion
72 oder Identität.

73 - Die klare Ablehnung der Wehrpflicht. Statt in Rüstung zu investieren fordern
74 wir massive Mittel für zivile Konfliktprävention, Diplomatie und internationale
75 Zusammenarbeit. Waffen schaffen keine Sicherheit – sie verschieben Gewalt.

76 - Den entschiedenen Schutz unserer Demokratie durch konsequente politische
77 Bildung in Schulen, in Verbänden und in der Gesellschaft. Wer Menschen befähigt,
78 Desinformation zu erkennen, demokratische Prozesse zu verstehen und sich aktiv
79 einzubringen, schützt Demokratie nachhaltiger als jede Sicherheitsbehörde.
80 Politische Bildung ist kein Luxus, sie ist die Grundlage einer wehrhaften
81 Demokratie.

82 Und doch: Diese Forderungen sind nicht neu. Klimaziele werden seit Jahrzehnten
83 formuliert und gebrochen. Menschenrechte werden seit Jahrzehnten proklamiert und
84 mit Füßen getreten. Das ist kein Versehen, es ist das Ergebnis einer Politik,
85 die Lobbying über Haltung stellt. **Die eigentliche Forderung lautet daher:**
86 **Politikwechsel.** Kein weiterer Bericht, kein weiterer Aktionsplan - sondern eine
87 grundlegende Verschiebung dessen, was als Erfolg gilt.

88 **Denn wenn es den Menschen in unserer Gesellschaft gut geht, dann kann es**
89 **irgendwann auch „der Wirtschaft“ gut gehen.**

90 Oxfam International (2024): *Inequality Inc. – Oxfam Inequality Report 2024.*

91 Oxfam International. Verfügbar unter:

92 <https://www.oxfam.org/en/research/inequality-inc>

93 Copernicus Climate Change Service (C3S) (2025): *European State of the Climate*
94 *2024.* Copernicus Climate Change Service, ECMWF. Verfügbar unter:

95 <https://climate.copernicus.eu/esotc/2024>

96 IOM – International Organization for Migration (2024): *Missing Migrants Project.*

97 Verfügbar unter: <https://missingmigrants.iom.int>

Einfache Sprache

98 Wenn Politiker*innen von „der Wirtschaft“ reden, meinen sie meistens nicht die
99 Menschen, die arbeiten, pflegen oder putzen. Sie meinen Zahlen und Gewinne. Wir
100 finden: Das muss sich ändern. Politik muss danach bewertet werden, wie es den
101 Menschen geht – nicht den Märkten.

102 Reichtum ist heute so ungleich verteilt wie nie zuvor. Die Reichsten besitzen
103 mehr als fast alle anderen zusammen. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis
104 einer Politik, die die Interessen von Milliardären über die Interessen aller
105 anderen stellt.

106 Beim Klima gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Die Erde wird
107 wärmer, Extremwetter häufen sich, Ökosysteme brechen zusammen. Trotzdem werden
108 Klimaziele aufgeweicht.

109 Beim Frieden gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Waffen
110 beenden keine Kriege – sie verlängern sie. Die Wehrpflicht ist keine Antwort auf
111 diese Welt.

112 Bei der Demokratie gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Rechte
113 Bewegungen werden weltweit stärker. Demokratie muss aktiv verteidigt werden, vor
114 allem durch politische Bildung.

115 Kein Mensch ist illegal. Grenzen sind von Menschen gemacht. Jeder Mensch hat das
116 Recht auf ein sicheres Leben.

117 Deshalb fordern wir: Eine Milliardärssteuer. Offene Grenzen und ein Recht auf
118 Asyl. Konsequenter Klimaschutz. Eine offene und solidarische Gesellschaft. Keine
119 Wehrpflicht. Und politische Bildung als Schutz unserer Demokratie.

120 Das alles ist nicht neu. Aber es wird nicht umgesetzt. Deshalb lautet unsere
121 eigentliche Forderung: Politikwechsel. Denn wenn es den Menschen gut geht, dann
122 kann es irgendwann auch „der Wirtschaft“ gut gehen.

Begründung

Die Frage, woran wir den Zustand unserer Gesellschaft messen, ist keine technische – sie ist zutiefst politisch. Wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst, während Mieten unbezahlbar werden, Flüsse austrocknen und Demokratien erodieren, dann versagt das Maß, nicht die Gesellschaft.

Laut dem Oxfam Inequality Report 2024 besaßen die reichsten 1% der Weltbevölkerung mehr als die ärmsten 95% zusammen. Diese Ungleichheit ist nicht das Ergebnis persönlicher Leistung, sondern eines politischen Systems, das Kapitalinteressen systematisch über Menscheninteressen stellt – durch Steuervermeidung, Lobbying und die gezielte Schwächung von Umverteilungsmechanismen.

Beim Klimaschutz ist die Lage eindeutig: Das Jahr 2024 war laut Copernicus Climate Change Service das erste Jahr, in dem die globale Durchschnittstemperatur dauerhaft 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau lag. Das ist nicht mehr eine Warnung – es ist eingetretene Realität. Gleichzeitig werden Klimaschutzziele aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus verwässert. Das ist nicht nur klimapolitisch falsch, es ist auch ökonomisch kurzsichtig: Die Folgekosten von Extremwetterereignissen, Ernteauffällen und Gesundheitsschäden übersteigen jeden kurzfristigen Gewinn bei weitem.

Im Bereich Migration zeigt das IOM Missing Migrants Project, dass allein im Jahr 2024 tausende Menschen auf Migrationsrouten ums Leben gekommen sind – ein direktes Ergebnis geschlossener Grenzen und einer Abschreckungs- statt Schutzpolitik. Kein Mensch ist illegal. Diese Aussage ist keine Provokation, sondern eine menschenrechtliche Selbstverständlichkeit.

Die Bedrohung der Demokratie durch rechtsextreme und autoritäre Bewegungen ist dokumentiert: Der V-Dem Democracy Report 2024 zeigt eine globale Erosion demokratischer Grundwerte. Deutschland ist davon nicht ausgenommen, wie der Aufstieg der AfD und das Erstarken offen rechtsextremer Netzwerke belegen.

Die Forderungen dieses Antrags sind keine Utopie – sie sind die logische Konsequenz aus der Analyse. Es braucht keinen weiteren Bericht, keine weitere Studie. Es braucht politischen Willen. Und der beginnt bei uns.

Zusatz: Ja, viele dieser Forderungen gehen über die Landespolitik hinaus – auf Bundesebene, europäisch oder global. Das ist uns bewusst. Aber politische Haltung beginnt lokal. Wir verstehen diesen Antrag als klares Signal der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg: Diese Positionen sind unsere, und wir tragen sie nach außen, in den Landesverband, in die Bundespartei und in die Gesellschaft.

Unterstützer*innen

Philemon Hentschel